

SOZIALE SICHERHEIT

Positionspapier der SP Thun

Verabschiedet von der Mitgliederversammlung am 23.04.2025



Das vorliegende Positionspapier wurde von der Arbeitsgruppe Sicherheit und Soziales (SiSo) der SP Thun in den Jahren 2023 – 2025 erarbeitet. Geleitet wurde die AG SiSo in dieser Zeit von Marianna Oesch Bartlome. Am Papier mitgearbeitet haben in alphabetischer Reihenfolge Lara Bezio, Piero Catani, Claudius Domeyer, Anton Genna, Timo Junger, Alice Kropf, Marianna Oesch Bartlome und Nina Siegenthaler.

Impressum:

SP Thun
3600 Thun
April 2025



DAS WICHTIGSTE AUF EINEN BLICK

Soziale Sicherheit ist eines der, oder vielleicht sogar *das* politische Kernthema der Sozialdemokratie und der SP. Sie prägt unsere Vision einer gerechten und solidarischen Gesellschaft - und ist gleichzeitig aber auch etwas, wofür wir uns tagtäglich in unserer politischen Arbeit einsetzen.

Das vorliegende Positionspapier, erarbeitet von der AG SiSo (Sicherheit und Soziales) der SP Thun in den Jahren 2023 – 2025, ist überwiegend im zweiten der genannten Bereiche angesiedelt: Es soll die konkrete politische Arbeit der SP Thun im Bereich der sozialen Sicherheit in den nächsten Jahren unterstützen. Aus diesem Grund sind die darin formulierten Massnahmen direkt an die SP Thun gerichtet; sie und ihre demokratisch gewählten Vertreter:innen sind es, die zum Handeln angehalten werden.

Durch das gemeinsame Erarbeiten und Besprechen der geforderten Massnahmen an der Mitgliederversammlung der SP Thun vom 15. Januar 2025 beweist die SP Thun ihr basisdemokratisches Vorgehen. In der Umsetzung der Massnahmen haben die gewählten Repräsentant:innen der SP Thun wie üblich einen gewissen Spielraum. Dadurch kann auf politische Entwicklungen reagiert oder - wie im politischen Tagesgeschäft manchmal nötig - geschickt taktiert werden.

Zentrale Massnahmen des vorliegenden Papiers sind:

- Kommunale Mindestlohn-Initiative vorbereiten.
- Prüfen eines Vorstosses punkto Vorkaufrecht von Bauland und Liegenschaften.
- Vorstoss mit der Forderung, dass die Stadt ihre Arbeitsplätze möglichst barrierefrei gestaltet.
- Vorstoss zu freistehenden oder freiwerdenden Ladenlokalen.
- Regelmässige Kontrollen zur Prüfung der Arbeitsbedingung durch die Stadt Thun (regelmässiger Bericht in der SaKo SiSo).
- Arbeitsbedingungen in Barbershops, Nagelstudios und Nähateliers prüfen. Unsere Grossrät:innen tragen das Thema in den grossen Rat.
- Vorstoss für einen Inklusionsbeirat.
- Vorstoss zu vergünstigten Mahlzeiten in Tagesschulen.
- Bei der Stadtkanzlei abklären, ob eine kommunale Erbschaftssteuer rechtlich möglich wäre. Wenn ja, Motion lancieren.
- Die SP Thun und möglichst viele Mitglieder beteiligen sich an der öffentlichen Mitwirkung zum Masterplan Quartiere.
- Umsetzung des überwiesenen Postulats zur Einführung aufsuchender Jugendarbeit.
- Betreuungsgutscheine pflegende Angehörige.
- Postulat zur Forderung Gesundheitskompass
- SP-Mitglieder bringen sich im Sinne dieses Papiers in ihrem Quartier ein.

Verabschiedet an der Mitgliederversammlung vom 23.04.2025

Für die AG SiSo

Marianna Oesch Bartlome
Stadträtin SP Thun

Für den Parteivorstand

Timo Junger
Präsident SP Thun



INHALTSVERZEICHNIS

DAS WICHTIGSTE AUF EINEN BLICK	3
01. WOHNEN UND QUARTIERENTWICKLUNG	5
Quartierentwicklung	5
Bezahlbarer Wohnraum	6
02. ARBEIT UND ARMUT	8
Mindestlöhne und Begrenzung von Gehältern	8
Integration und Bildungsförderung	9
Schlechte Arbeitsbedingungen in Barbershops, Nagelstudios und Nähateliers	10
03. GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT UND SOZIALE TEILHABE	11
Freizeitgestaltung für alle	11
Partizipation für alle	11
Mobilität und öffentlicher Raum für alle	12
Zugang zu Informationen und Dienstleistungen für alle	13
04. GENERATIONEN	14
Armutsbetroffenheit der jungen Generation	14
Armutsbetroffenheit im Alter	15
05. GESUNDHEIT	17
Neuorientierung der Gesundheitsdienste	17
Förderung der Entwicklung persönlicher Gesundheitskompetenz	19



01. WOHNEN UND QUARTIERENTWICKLUNG

Wohnen und Wohnbaupolitik sind einer der aktuellen Schwerpunkte der SP Thun. Ziel ist es, sicheren, bezahlbaren, sozial durchmischten und ökologisch nachhaltigen Wohnraum für alle in der Stadt Thun langfristig zu gewährleisten. Bezahlbarer Wohnraum ist ein wichtiges Anliegen vieler Städte und Thun bildet da keine Ausnahme. Die Mieten sind im letzten Jahr auch in der Stadt Thun stark angestiegen und eine bezahlbare Wohnung zu finden ist kaum mehr möglich. Die SP Thun setzt sich bereits für bezahlbaren Wohnraum ein und hat im Initiativkomitee der Doppelinitiative für mehr bezahlbaren Wohnraum aktiv mitgewirkt. Es konnte ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung erzielt werden und der Anteil gemeinnütziger Wohnungen in der Überbauung «Bostudenzelg Bläuerstrasse» auf mindestens 80 Prozent erhöht werden.

Quartierentwicklung

Die SP Thun setzt sich für eine soziale Durchmischung der Quartiere ein, um die Ghettobildung oder Gentrifizierung zu verhindern. Sozial durchmischte Quartiere spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung einer gerechten, inklusiven und vielfältigen Gesellschaft. Sie schaffen ein Umfeld, in dem Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status die Chance haben, ein erfülltes und zufriedenes Leben zu führen, und tragen dazu bei, das soziale Gefüge zu stärken und die Lebensqualität für alle Bewohnenden zu verbessern.

Forderungen

- Die Stadt Thun fördert Generationenhäuser und die Nachbarschaftshilfe.
- Es sind genügend auf die Stadt verteilte hindernisfreie Wohnungen für Menschen mit einer Behinderung vorhanden.
- Bezahlbare Wohnungen in unterschiedlicher Grösse sind für Haushalte mit tiefen Einkommen in der ganzen Stadt verteilt vorhanden.
- Die Stadt unterstützt den Bau/Umbau von Grossraumwohnungen mit flexiblen Nutzungs- und Ausbaustandards z.B. für Wohngemeinschaften mit und ohne Betreuung (Senior:innen mit Spitex, Menschen mit Behinderung mit psychosozialer Begleitung o.ä.).

Massnahmen

- SP-Mitglieder bringen sich im Sinne dieses Papiers in ihrem Quartier ein.
- Prüfen eines Vorstosses punkto Vorkaufsrecht von Bauland und Liegenschaften der Stadt Thun.



Bezahlbarer Wohnraum

Der Wohnungsmarkt in der Stadt Thun ist prekär und eine bezahlbare Wohnung zu finden kaum mehr möglich. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Wohnungsnot löst Existenzängste aus und hat schwerwiegende Folgen. Wohnungsnot verstärkt bestehende soziale Ungleichheiten und erschwert den Zugang zu angemessenem Wohnraum für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Dies kann zu einer Kluft zwischen denjenigen führen, die sich teuren Wohnraum leisten können, und jenen, die dies nicht können. So wird die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft verstärkt. Wohnungsnot kann Armut und Obdachlosigkeit verursachen oder verschlimmern, da Menschen möglicherweise nicht in der Lage sind, sich angemessenen Wohnraum zu leisten oder überhaupt eine Unterkunft zu finden. Dies hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Betroffenen. Enge oder unsichere Wohnverhältnisse können zu gesundheitlichen Problemen führen, darunter Atemwegserkrankungen, psychische Belastungen, Verletzungen und Krankheiten. Insbesondere Kinder, ältere Menschen und Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen sind gefährdet. Wohnungsnot ist kein individuelles Problem, sondern hat Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Durch die kommerzielle Kurzzeitvermietung von Wohnraum in der Stadt Thun wird die sonst schon sehr angespannte Wohnsituation zusätzlich massiv belastet. Längst sind es nicht mehr Einzelfälle, bei denen Wohnungen über Vermittlungsplattformen für touristische Zwecke vermietet werden. In der Folge steigen die Mietpreise und es entstehen unerwünschte Verdrängungseffekte im Mietwohnungsbestand. Zudem droht eine Zweckentfremdung von dringend benötigtem Wohnraum, welche zu unterbinden ist.

Deshalb setzt sich die SP Thun für bezahlbaren Wohnraum ein und fordert Folgendes:

Forderungen

- Die Stadt betreibt eine aktive Bodenpolitik und baut / kauft nicht nur Sozialwohnungen, sondern vermietet Wohnungen grundsätzlich zu kostendeckenden Preisen; für Personen mit tiefem Einkommen werden diese Wohnungen so lange als nötig verbilligt, dieser Anspruch ist periodisch zu überprüfen.
- Schutz vor missbräuchlichen Mieten stärken: Der Schutz gegen missbräuchliche Mieten und Mietzinserhöhungen muss weiter gestärkt werden, damit günstiger Wohnraum erhalten bleibt. So sollen beispielsweise unangemessene Mietzinserhöhungen nach Mieter:innenwechseln und Sanierungen vermieden werden, indem Vermieterinnen und Vermieter Mietzinserhöhungen transparent kommunizieren müssen.
- Die Stadt betreibt oder unterstützt die Einrichtung einer Tauschplattform für Wohnungen mit Mietzinsgarantie (d.h. die beteiligten Eigentümer garantieren, den Mietzins wegen des Mieter:innenwechsels nicht zu erhöhen).



- Die Stadt setzt sich dafür ein, dass ältere Häuserblocks mit günstigen Wohnungen nicht einfach leer geräumt werden, sondern berät die Hauseigentümer:innen bei der Suche nach Alternativen. Werden Wohnungen auf längere Sicht gekündigt, kann die Stadt für leerstehende Wohnungen einen befristeten Mietvertrag abschliessen und für die Zeit bis zum effektiven Baubeginn in Untermiete abgeben.
- Die Stadt prüft die Möglichkeit, bei länger dauernden Leerständen geeigneter Liegenschaften die Nutzung befristet zwangsweise zu entziehen zwecks Linderung der Wohnungsnot.
- Die SP Thun fordert ein Vorverkaufsrecht für die Stadt auf Bauland und Liegenschaften.
- Die Stadt führt eine regelmässige Datenerhebung zu Kurzzeitvermietungen von Wohnraum durch und nimmt fundierte Kontrollen betreffend Zweitwohnungen sowie allfällige Zweckentfremdung von Wohnraum vor.
- Die SP Thun eine Regulierung von Zweitwohnungen zur Kurzzeitvermietung (Parahotellerie wie z.B. Airbnb) mit einer gewerblichen Nutzung von maximal 90 Tagen pro Jahr zwecks Rückführung und Erhalt von Wohnraum für die Bevölkerung.

Massnahmen

- Vorstoss im Stadtrat zur Regulierung der Parahotellerie (bereits erfolgt).
- Die SP Thun überprüft regelmässig die Massnahme zur Regulierung der Parahotellerie.



02. ARBEIT UND ARMUT

Armut hat viele Facetten und ist leider in unserer Gesellschaft immer noch gegenwärtig. Armut ist oft mit anderen Problemen wie sozialer Ausgrenzung, geringer Bildung, Arbeitslosigkeit, schlechter Gesundheit und mangelnden Chancen verbunden. Sie kann auch zyklisch sein und von Generation zu Generation weitergegeben werden. Armut ist nicht individuell, sie betrifft grosse Gruppen. Unter ihnen sind überdurchschnittlich viele Alleinerziehende und Menschen mit geringer Ausbildung, die nach einem Stellenverlust keine neue Arbeit finden. In diesem Kapitel geht es spezifisch um das Thema Armut und Arbeit. Auch leben in Thun Menschen, die trotz Arbeit armutsbetroffen sind. Armutsbetroffen sind auch Kinder (vgl. Kapitel Generationen). Menschen, die nicht in der Schweiz geboren wurden, sind ebenso wie Menschen mit Behinderung einer grösseren Armutsgefahr ausgesetzt. Dies insbesondere, weil unser Sozialsystem darauf ausgelegt ist, dass Menschen ihr komplettes Arbeitsleben in der Schweiz verbringen und ohne Einschränkungen «leistungsfähig» sind.

Die Bekämpfung von Armut erfordert komplexe Lösungsansätze auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene, die darauf abzielen, den Zugang zu Ressourcen und Chancen zu verbessern, sowie die Ursachen von Armut wie soziale Ungleichheit, Diskriminierung und mangelnde wirtschaftliche Möglichkeiten anzugehen.

Als SP Thun bekämpfen wir die Armut und nicht die Armutsbetroffenen.

Mindestlöhne und Begrenzung von Gehältern

Auch arbeitstätige Personen sind von Armut betroffen, sogenannte Working Poors. Besonders häufig zählen Menschen mit befristeten Arbeitsverträgen oder solche, die in kleinen Betrieben tätig sind, dazu. Menschen mit verschiedenen niederprozentigen Stellen, Selbständigerwerbende und Personen, die nicht ganzjährig erwerbstätig waren, gehören ebenfalls zu dieser Kategorie. Arbeit muss sich für alle lohnen und existenzsichernd sein.

Forderung

- Die Stadt bezahlt Mindestlöhne, die über den minimalen GAV-Löhnen liegen, und begrenzt die Gehälter der Kader sowie der Organe und Geschäftsleitungen von gemeindenahen Betrieben auf maximal 100% des Gemeinderatslohns, einschliesslich Nebenbeschäftigungen. Wobei der Lohn des Gemeinderates nicht weiter steigen soll.
- Es soll ein gesamtstädtischer Mindestlohn eingeführt werden.



Massnahmen

- Kommunale Mindestlohn-Initiative vorbereiten (analog Bern, Biel, Schaffhausen) und an einer MV über Lancierung befinden.

Integration und Bildungsförderung

Armut wird oft in der Familie weitervererbt, was es für Armutsbetroffene schwierig macht dem zu entfliehen. Wie zahlreiche Studien belegen, sind vor allem die «sensiblen Übergangsphasen» zwischen Kita, Schule, Ausbildung und Erwerbsleben entscheidend, um der Armutsfalle zu entkommen. Die Förderung von sozialer Integration und die Bekämpfung von Diskriminierung und Vorurteilen ist unerlässlich um sicherzustellen, dass alle Personen gleiche Chancen haben.

Forderungen

- Die Stadt Thun setzt sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familienleben und Arbeitstätigkeit ein.
- Wir fordern gezielte Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Familienarmut.
- Die Stadt sorgt dafür, dass Personen im Asylbereich über die Minimalvorgaben des Bundes und des Kantons hinaus Deutschunterricht erhalten und unterstützt die Arbeitsfähigkeit durch Weiterbildungen, insbesondere in Bezug auf die Verbesserung der Sprachkompetenz.
- Allen Interessierten steht niederschwelliger Zugang zu Deutschunterricht zur Verfügung – denn Sprache ist die Grundvoraussetzung für soziale und wirtschaftliche Teilhabe.
- Das Beratungs- und Freizeitangebot im KIO wird weiterhin gestärkt. Das Potential von Menschen mit Migrationshintergrund wird erkannt und als Brücken bauend in integrativen Angeboten genutzt.
- Damit eine Vielfalt im Elternrat gewährleistet ist, sollen Eltern mit Migrationsgeschichte angesprochen und ermutigt werden, sich aktiv im Elternrat zu engagieren.
- Die Stadt gestaltet ihre Arbeitsplätze (erster Arbeitsmarkt) barrierefrei, formuliert ihre Stellenausschreibungen inklusiv und stellt mehr Menschen mit Behinderung an.
- Die Stadt entwickelt ein Konzept, um lokale Arbeitgeber:innen zu ermutigen, vermehrt Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen zu schaffen. Zudem bietet die Stadt diesen Arbeitgeber:innen aktive Unterstützung in ihren Bemühungen an.
- Die Stadt unterstützt die Arbeitsfähigkeit durch Weiterbildungen.



- Die SP setzt sich für den Erhalt und die Stärkung der städtischen Fachstelle Arbeitsintegration FAI ein.
- Die Stadt Thun überprüft die Zusammenarbeit mit Arbeitsintegrationsangeboten, die von evangelikalischen Organisationen betrieben werden, kritisch. Objektive Kriterien müssen erfüllt werden.
- Die Stadt Thun lanciert ein Projekt analog Spiez „Hand in Hand“ für niederschwellige Hilfe von Migrant:innen für Migrant:innen, welche durch den Sozialdienst begleitet wird.

Massnahmen

- Vorstoss mit der Forderung, dass die Stadt ihre Arbeitsplätze möglichst barrierefrei gestaltet.
- Austausch mit KIO betreffend Projekt „Hand in Hand“ und weiteren Unterstützungsmöglichkeiten.

Schlechte Arbeitsbedingungen in Barbershops, Nagelstudios und Nähateliers

Freiwerdende Ladenlokale in vielen Städten, auch in der Stadt Thun, werden vermehrt an Billig-Haarabschneider, Nagelstudios oder Nähateliers vermietet. Problematisch dabei ist die Einseitigkeit der Angebote von Dienstleistungen und auffallend oft werden in solchen Shops Hungerlöhne für die Angestellten bezahlt.

Forderungen

- Die Stadt sollte in Erwägung ziehen, freistehende oder freiwerdende Ladenlokale zu mieten, um diese an lokale Ladenmieter:innen zu fairen Mietpreisen weiterzuvermieten. Somit könnte die Attraktivität der Innenstadt gestärkt und die Arbeitsbedingungen von Angestellten verbessert werden.

Massnahmen

- Vorstoss zu freistehenden oder freiwerdenden Ladenlokalen.
- Regelmässige Kontrollen zur Prüfung der Arbeitsbedingung durch die Stadt Thun (regelmässiger Bericht in der SaKo SiSo).
- Arbeitsbedingungen in Barbershops, Nagelstudios und Nähateliers prüfen. Unsere Grossrät:innen der Stadt Thun tragen das Thema in den grossen Rat.



03. GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT UND SOZIALE TEILHABE

Viele Menschen sind in ihrem Alltag aus unterschiedlichsten Gründen von Diskriminierung betroffen oder sind auf verschiedensten Ebenen mit Hindernissen konfrontiert und werden von sozialer Teilhabe ausgeschlossen.

Soziale Teilhabe bedeutet, dass jeder Mensch Teil der Gesellschaft ist, unabhängig von Aussehen, Sprache, Behinderung, Status, Geschlecht, Alter und Kultur. Jeder Mensch hat das Recht darauf, dabei zu sein; dafür setzt sich die SP Thun ein und widmet sich folgenden Themen:

Freizeitgestaltung für alle

Sport und Kultur sind für die soziale Teilhabe wichtig und verbinden Menschen.

Forderungen

- Vielseitige und bezahlbare Sportangebote für alle, Sportplätze und Sportangebote sind barrierefrei.
- Theater, Kinos und Museen sind barrierefrei erreichbar. Das Angebot von Ermässigungen für bestimmte Anspruchsgruppen wird ausgebaut (z.B. KulturLegi).
- Attraktivere Spielplätze allgemein. Idee von Indoor-Spielplatz weiterverfolgen.
- Günstig zugängliche Räume für Vereine und Proberäume für Musiker:innen.

Massnahmen

- Postulat zu attraktiveren Spielplätzen und Auftrag zur Prüfung eines Indoor-Spielplatzes im Raum Thun.

Partizipation für alle

Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird durch Beteiligung, Teilhabe, Mitwirkung und Einbezug gestärkt. Deshalb ist es wichtig, dass alle Menschen an politischen Prozessen teilhaben können.



Forderungen

- Gründung eines Inklusionsbeirates, an dem sich alle Menschen beteiligen können (Senior*innen und junge Menschen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Fluchterfahrung und Menschen, die nur wenig Geld haben. Herkunft, Alter, Religion und Geschlecht spielen keine Rolle). Die Mitglieder im Inklusionsbeirat entscheiden mit bei geplanten Projekten der Stadt Thun. Die Betroffenen sieht prüft anders.

Massnahmen

- Vorstoss für einen Inklusionsbeirat (den Vorstoss unbedingt mit Beteiligten aufsetzen) Ev. vorher in SaKo Fragen stellen.

Mobilität und öffentlicher Raum für alle

In der Stadt Thun soll es mit Ausnahmen (z.B. Hochtrottoirs und Pflastersteine in der Altstadt) möglich sein, dass sich alle Menschen hindernisfrei bewegen und ihren Alltag selbst bestreiten können.

Detaillierte Informationen zum öffentlichen Raum für alle werden ausführlich im Positionspapier der SP Thun «öffentliche Sicherheit» beschrieben.

Forderungen

- Fusswege sind sicher und gut in Schuss.
- Blindenleitsysteme sind auf frequentierten Wegen auszubauen.
- Bushaltestellen sind barrierefrei gestaltet.
- Vergünstigte Transportangebote für mobilitätsbeeinträchtigte Menschen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen.
- Bei Baustellen ist eine barrierefreie Umfahrung organisiert und entsprechend signalisiert.
- Öffentlicher Raum bietet in den Quartieren und in der Innenstadt genügend Sitzplätze und Orte, welche zum Verweilen, Ausruhen und zur Begegnung einladen.

Massnahmen

- Vorstoss für vergünstigte oder gratis Transportangebote für mobilitätsbeeinträchtigte Menschen (analog Stiftung Promobil Zürich).
- SP-Mitglieder bringen sich im Sinn dieses Papiers in ihrem Quartier ein.



Zugang zu Informationen und Dienstleistungen für alle

Alle Menschen können sich über das informieren, was sie interessiert und was ihr Leben betrifft.

Forderungen

- Die Stadtverwaltung veröffentlicht Online-Informationen, Broschüren, Dokumente und Formulare in Einfacher und Leichter Sprache.
- Alle Dienstleistungen der Verwaltung sind barrierefrei zugänglich.
- Städtische Mitarbeitende sind sensibilisiert gegenüber strukturellem Rassismus und zeigen sich neutral hinsichtlich Werten und Normvorstellungen.



04. GENERATIONEN

Während bei Menschen im erwerbstätigen Alter Aspekte wie Familie, Bildung, alleinige Kinderbetreuung und -erziehung, Migration, Arbeitslosigkeit, Behinderung oder Krankheit Ursachen von Armut sind, ist bei der jungen und alten Bevölkerung bereits das gegenwärtige Lebensalter ein Armutsrisiko. Dieses Kapitel widmet sich daher altersspezifischen Armutsrisiken.

Armutsbetroffenheit der jungen Generation

Die Umstände, in die ein Mensch hineingeboren wird, bestimmen vom ersten Lebenstag an Entscheidungen und Lebenslauf entscheidend mit. Diese Geburtenlotterie hört nicht an den Grenzen von Nationalstaaten auf, auch innerhalb von Staaten wie der Schweiz kommen nicht alle Neugeborenen mit ähnlich guten Aussichten auf Selbstbestimmtheit und Wohlstand auf die Welt.

Für die junge Generation entscheidend ist daher der Bildungsbereich; von der Betreuung in der frühen Kindheit über die Schulbildung bis hin zu einem guten Stipendienangebot. Von solchen öffentlichen Angeboten können Armutsbetroffene als Kinder sowie später auch als junge Erwachsene bei einer allfälligen Familiengründung profitieren.

Forderungen

- Die Stadt Thun erweitert das Angebot an Kitas und Ganztageschulen. Sie unterstützt Familien finanziell, beispielsweise so, dass keine Familie mehr als 10% des Einkommens für die externe Kinderbetreuung aufwenden muss. Zusätzlich garantiert sie faire Arbeitsbedingungen in den Kitas und Ganztageschulen.
- Die Stadt Thun bietet in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen z.B. SRK kurzfristige Kinderbetreuung zu finanziell tragbaren Konditionen an.
- Die Stadt erweitert die Stipendienmöglichkeiten für Ausbildungen, namentlich auch von Migrant:innen und von Jugendlichen aus bildungsfernen Familien.
- Die Stadt Thun setzt eine Bildungspolitik um, die Chancengerechtigkeit aktiv fördert. Dies beinhaltet das aktive Entgegenwirken gegen Vorurteile in der Einstufung in Schulniveaus oder beim Übertritt in weiterführende Schulen.
- In allen Angeboten, die sich an Kinder und Jugendliche richten, verlangt die Stadt zwingend griffige Konzepte zum Schutz vor sexualisierter und allen anderen Formen von Gewalt und Machtmissbrauch.
- Mahlzeiten in Tagesschulen vergünstigen (im Moment bezahlen die Eltern 100%).



Massnahmen

- In Reaktion auf die gescheiterte Abschaffung der spez. Sek. erarbeitet die SP Thun eine Strategie hin zu einem anderen Schulmodell, z.B. Modell Twann (= keine Schulniveaus auf Sekundarstufe). Aktive Mitarbeit in der Bildungsstrategie.
- Die SP Thun beobachtet die Stipendienpolitik des Kantons und fordert bei Kürzungen auf kantonaler Ebene die Stadt Thun dazu auf, diese zu kompensieren.
- Vorstoss zu vergünstigten Mahlzeiten in Tagesschulen.

Armutsbetroffenheit im Alter

Gemäss Pro Senectute sind 300'000 Personen armutsgefährdet, 46'000 sind ausweglos arm, das heisst ohne Perspektive und Aussicht auf Verbesserung der Lebenssituation. Das Bundesamt für Statistik geht von einer generellen Armutsquote in der Schweiz von 8,7 Prozent aus, bei den über 65-jährigen liegt diese bei 15,4 Prozent.

Während bei jungen Armutsbetroffenen durch eine gute Ausbildung Aussicht darauf besteht, dass sich die finanzielle Lage verbessern kann, verhält es sich bei der älteren Bevölkerung anders. Hier besteht - von Ausnahmesituationen abgesehen - oft keine Aussicht auf Besserung der finanziellen Situation. Armut ist gerade in dieser Bevölkerungsgruppe nicht nur das Fehlen von finanziellen Mitteln zum Bestreiten des Existenzminimums, sondern auch der altersbedingte Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben.

Forderungen

- Die Stadt ermöglicht der älteren Generation angepasste Teilhabemöglichkeiten, die über die üblichen «Altersnachmittage» hinausgehen.
- Für demente oder kognitiv behinderte Menschen werden geeignete gemeindenahere Treffpunkte und Einrichtungen unterstützt.
- Die Stadt informiert besser über den Altersfürsorgefonds, damit armutsgefährdete Personen ohne Anspruch auf Ergänzungsleistungen mit Beiträgen an den Lebensunterhalt und an einmalige Ausgaben (z.B. Zahnarzt, Kuraufenthalt etc.) unterstützt werden können. Ebenso informiert sie über Organisationen, die den Fonds-Zweck erfüllen.
- Die Stadt Thun informiert besser über den Anna Gempeler- und den Marie Stoller-Fonds, damit armutsbetroffene oder armutsgefährdete Personen mit Beiträgen an den Lebensunterhalt und an einmalige Ausgaben unterstützt werden können. Ebenso informiert sie über Organisationen, die die Zwecke der Fonds erfüllen.



- Die Stadt prüft die Möglichkeiten, eine moderate kommunale Erbschaftssteuer speziell zur Finanzierung des Generationenausgleichs einzuführen, mit welcher namentlich auch die oben beschriebenen Massnahmen finanziert werden können.
- Die Stadt fördert das autonome Wohnen im Alter.

Massnahmen

- Bei der Stadtkanzlei abklären, ob eine kommunale Erbschaftssteuer rechtlich möglich wäre. Wenn ja, Motion lancieren.



05. GESUNDHEIT

Gesundheit und Soziale Sicherheit sind eng miteinander verknüpft: Grundlegende Voraussetzungen für Gesundheit sind unter anderem Gerechtigkeit und Chancengleichheit (Ottawa-Charta, 1986). Sozial benachteiligte Menschen holen sich oft nicht die verfügbare Hilfe, obwohl sie dazu berechtigt wären. Vertrauen und ein einfacher Zugang zum Gesundheitssystem sind Schlüssel für die Verbesserung der Gesundheit. Die Zugangsproblematik zur Gesundheitsversorgung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen ist einerseits auf Unwissenheit oder Überforderung mit dem Gesundheitssystem zurückzuführen, sie verschärft sich zusätzlich durch bestehende Vorurteile und Stigmatisierung. Die Ottawa Charta definiert vier Handlungsfelder für die Verbesserung der Gesundheit, welche auf kommunaler Ebene umgesetzt werden könnten:

1. Neuorientierung der Gesundheitsdienste
2. Förderung der Entwicklung persönlicher Gesundheitskompetenz
3. Schaffung gesundheitsförderlicher Lebenswelten
4. Unterstützung gesundheitsbezogener Gemeinschaftsaktionen

Für die ersten zwei Handlungsfelder werden hier Vorschläge und Forderungen erläutert:

Neuorientierung der Gesundheitsdienste

Der zunehmende Mangel an Hausärzt:innen gefährdet den einfachen Zugang zu Gesundheitsangeboten. Dieser Herausforderung kann nur mit Modellen integrierter Gesundheitsversorgung begegnet werden, welche die Grundversorgung gewährleisten sowie bestehende Lücken im städtischen Angebot rund um Gesundheit und soziale Sicherheit schliessen.

Auch in Bezug auf Gesundheitsangebote im Suchtbereich gibt es in der Stadt Thun Entwicklungspotenzial. Niederschwellige Angebote für Jugendliche und «Drogeneinsteiger:innen» fehlen in Thun gänzlich.

Aufgrund der demografischen Entwicklung sind immer mehr Menschen auf Pflege und Betreuung (z.B. Demenz) angewiesen. Gleichzeitig besteht ein Fachkräftemangel, der sich noch verschärfen wird. Der Druck auf pflegende Angehörige nimmt zu: Sie sind mit erheblichen physischen, emotionalen und finanziellen Belastungen konfrontiert, während sie gleichzeitig Beruf und Familienleben balancieren müssen. Ziel muss sein, Unterstützungs- und Koordinationsmöglichkeiten für pflegende Angehörige zu schaffen, die sowohl ihre Bedürfnisse als auch die der Pflegebedürftigen berücksichtigen. Die Stadt Thun hat das Problem zwar erkannt, belässt es aber bis anhin bei Informationsveranstaltungen und Sensibilisierung.



Forderungen Grundversorgung

- Branchenübergreifende und niederschwellig zugängliche Gesundheitsstützpunkte in den Quartieren (Apotheke, Wundberatung, Impfungen, Physiotherapie, ärztliche Dienste für Verordnungen, anonyme und kostenlose Testung auf sexuell übertragbare Krankheiten, Einsatz von Advanced Practice Nurses etc.) kombiniert mit sozialer Beratung (Sozialversicherungen, Budget, Vorsorgeauftrag, Patient:innenverfügungen etc.) durch ausgebildete Sozialarbeitende.
- Die Gesundheitsstützpunkte sind im Rahmen der städtischen Quartierentwicklung anzugehen. Die Stadt muss Voraussetzungen schaffen (z.B. Räumlichkeiten/Infrastruktur zur Verfügung stellen), Pilotprojekt anstossen, mitfinanzieren und unter Einbezug der Quartierbevölkerung und der bestehenden lokalen Akteur:innen im Gesundheitswesen realisieren.
- Niederschwellige Treffpunkte schaffen für Menschen mit Abhängigkeiten, Menschen, die unter Einsamkeit leiden – Gesundheitsinformation, Drogentest, sozialer Austausch, psychische Gesundheit, Vernetzung (zwei verschiedene Räume), begleitet von Fachpersonen (betrifft auch das Kapitel Suchtprävention).

Forderungen Suchtprävention

- Höheres städtisches Engagement in der Suchtprävention (Bereitstellung von finanziellen Mitteln und Entwicklung städtischer Präventionsangebote für Jugendliche).
- Weitere Forderungen: Vgl. Positionspapier öffentliche Sicherheit, Kapitel B3 S.10.

Forderungen Unterstützung pflegender Angehöriger

- Pflegende Angehörige, die in finanziell prekären Verhältnissen leben, müssen von der Stadt z.B. mittels Betreuungsgutscheinen entlastet werden.
- Lancierung eines innovativen Pilotprojekts zur Entlastung pflegender Angehöriger. Vgl. auch Rotes Kreuz Kanton Bern, welches ein solches Angebot betreibt. <https://www.srk-bern.ch/de/unterstuetzung-im-alltag/im-alter/entlastung-fuer-angehoerige>
- Mitarbeit und Mitfinanzierung beim Aufbau einer Koordinationsstelle Demenz in Zusammenarbeit mit Alzheimer Berner (Projekt DiaDem) Oberland und Spital Thun.

Massnahmen Grundversorgung

- Die SP Thun und möglichst viele Mitglieder beteiligen sich an der öffentlichen Mitwirkung (oder anderen Partizipationsmöglichkeiten) zum Masterplan Quartiere und bringen dort die Forderungen ein.



- Bilaterales Gespräch mit Alters- und Gesundheitsbeauftragter Corinne Caspar zu den Forderungen.

Massnahmen Suchtprävention

- Umsetzung des überwiesenen Postulats zur Einführung aufsuchender Jugendarbeit.

Massnahmen Unterstützung pflegender Angehöriger

- Betreuungsgutscheine pflegende Angehörige: Zusammen mit Pro Senectute abklären, welche Möglichkeiten zur Umsetzung bestehen, dann evtl. Vorstoss im Stadtrat.
- Im bilateralen Gespräch Corinne Caspar bitten, auf den städtischen Anna Gemperle- und Marie Stoller-Fonds hinzuweisen (z.B. im Wegweiser für Senior:innen), damit Unterstützungsbedürftige ein Gesuch um finanzielle Hilfe stellen können.

Förderung der Entwicklung persönlicher Gesundheitskompetenz

Häufige notfallärztliche Konsultationen belasten Spitäler, Notfallpraxen wie auch Patient:innen in finanzieller Hinsicht (Kostenbeteiligung). Sie zeigen den Bedarf für verbesserte persönliche Gesundheitskompetenz auf, welchem mit einem Gesundheitskompass begegnet werden kann. Ein Gesundheitskompass bietet auf verständliche Weise Informationen zum Gesundheitssystem und zu medizinischen Fragen. Fragen könnten sein: Wann ist eine notfallärztliche Behandlung angezeigt? Welche Anlaufstellen für nicht notfallmässige Behandlungen gibt es in Thun?

Forderungen

- Erarbeiten eines Gesundheitskompasses mit jährlicher Überprüfung und Verteilung an die Bevölkerung analog Abfallratgeber.

Massnahmen

- Postulat zur Forderung Gesundheitskompass.